Senator für Bildung und Wissenschaft 13.07.2002
Frau Moning
Herr Willker

Vorlage G 194
für die Sitzung der Deputation für Bildung
am 15. August 2002

Haushalt 2002
Nachbewilligung „Flexible Unterrichtsvertretung“

Problem:

I. Lehrerfeuerwehr

Die „Lehrerfeuerwehr“ stellt einen Baustein im Rahmen der Maßnahmen zur Absicherung der Unterrichtsvertretung dar. Für längerfristigen Vertretungsunterricht, der durch schulinterne Lösungen nicht abgedeckt werden kann, werden Lehrkräfte im Rahmen der „Lehrerfeuerwehr“ eingesetzt. Dieses Programm wird von dem Freien Träger (Stadtteilschule e.V.) in Kooperation mit der Behörde organisiert.

Wie schon in der Deputationsvorlage G 187a (Deputation für Bildung am 18.06.02) ausgeführt, ist auch für das Schuljahr 2002/2003 eine Budgeterhöhung für die „Lehrerfeuerwehr“ aus folgenden Gründen erforderlich:

- Aufgrund der Altersstruktur der Lehrerschaft ist die Zahl der langfristig erkrankten Lehrkräfte angestiegen. Hierbei handelt es sich um Krankheitsfälle, die in der Regel länger als 6 Monate dauern und erfahrungsgemäß überwiegend zum vorzeitigen Ruhestand führen.
- Im Zuge der Lehrereinsatzplanung konnten Lehrerstundenüberhänge nicht im erforderlichen Umfang zugunsten von Bedarfsschulen abgebaut werden. Eine Umsetzung von Lehrkräften ist aus Altersgründen und aus fachlichen Gründen nur begrenzt möglich.
- Die notwendig gewordene Erhöhung der Ausbildungskapazitäten des LIS führt zu einer Erhöhung des Bedarfs an Fachleitern. Die Abordnung von Lehrkräften an das LIS führt zusätzlich zu Versorgungslücken bei den Schulen.
- Für bestimmte Bereiche wird es immer schwieriger, qualifizierte Lehrkräfte in ausreichender Zahl zu finden. Aus diesem Grunde muss Bewerbern – insbesondere für den sonderpädagogischen und beruflichen Bereich sowie bei bestimmten Mangelfächern – über den Einstellungskorridor hinaus ein Beschäftigungsangebot gemacht werden, um sie in Bremen zu halten. Diese Maßnahme ist im Sinne einer notwendigen Nachwuchssicherung dringend geboten

Es ist beabsichtigt, die Lehrkräfte, die zur Zeit im Rahmen der „Lehrerfeuerwehr“ beschäftigt sind, bei Bewährung im Rahmen des Einstellungskorridors in den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Die Beschäftigung über die „Lehrerfeuerwehr“ ist als vorübergehende Überbrückung einer besonderen Bedarfssituation geplant.
Bei Auswahl der Lehrerfeuerwehrkräfte wurde auf die vorliegenden Bewerbungen dieses Jahres zurückgegriffen. Die Mangelfächer wurden vorrangig berücksichtigt.

Die Beschäftigungssituation der Lehrerfeuerwehr stellte sich im Schuljahr 2001/2002 wie folgt dar:

	Schuljahr 2001/2002								
	Stand 01.01.01			01.02.2002		Stand 30.06.02			
	Ustd	Stellen	Per-sonen	Ab-gänge	Zu-gänge	Ustd	Stellen	Per-sonen	Ab-gänge
Primarbereich	578	21,7	34	13	12	540	20,3	33	17
Sekundarbereich I	715	26,9	43	17	10	502	18,9	36	13
Nachwuchssicherung	254	9,5	16	11	5	128	4,8	10	7
gesamt	**1.547**	**58,1**	**93**	**41**	**27**	**1.170**	**44,0**	**79**	**37**

Beschäftigungssituation im Schuljahr 2002/2003:

	1. Halbjahr 2002/2003			
	Stand 10.07.02			
	Zu-gänge	Ustd	Stellen	Per-sonen
Primarbereich	18	546	20,6	34
Sekundarbereich I	18	660	24,9	41
Nachwuchssicherung	6	159	6,0	9
gesamt	**42**	**1.365**	**50,5**	**84**

II. Flexible Unterrichtsvertretung in Geld

Der 2. Baustein der Unterrichtsvertretung ist die kurzfristige Krankheitsvertretung. Hierfür wird den Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I ein virtuelles Budget (2 % der Unterrichtsversorgung) zur Verfügung gestellt. Für diesen Zweck müssen im 1. Halbjahr des Schuljahres 2002/2003 rd. 300.000 Euro zur Verfügung stehen.

Lösung:

Zur Finanzierung der "flexiblen Unterrichtsvertretung" im 1. Halbjahr des Schuljahres 2002/2003 sind Nachbewilligungen in Höhe von 1.300.000 Euro auf die Haushaltsstellen 3210/684 14-9 und 3215/684 14-7 (Zuschüsse an freie Träger für die flexible Unterrichtsvertretung) notwendig.
Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei:

3214/426 01-2	Löhne der Arbeiter	300.000
3215/426 01-6	Löhne der Arbeiter	700.000
3216/426 81-0	Löhne der Arbeiter	200.000
3217/426 01-3	Löhne der Arbeiter	100.000
	gesamt	**1.300.000**

Beschlussvorschlag

Die Deputation für Bildung stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 1.300.000 Euro zu.

In Vertretung

R. Köttgen
(Staatsrat)